Die Bibel vor dem finnischen Höchstgericht

Die langjährige Parlamentarierin Päivi Räsänen stand am 30. Oktober 2025 zum dritten Mal vor Gericht, nachdem sie ihre christlichen Überzeugungen in einem Tweet zum Ausdruck gebracht hatte.

Päivi Räsänen wird weiterhin strafrechtlich verfolgt, weil sie in einem Tweet aus dem Jahr 2019 ihre christlichen Überzeugungen zu Ehe und Sexualität zum Ausdruck gebracht hat. Nach Durchführung mehrerer Vernehmungen durch die Polizei wurde sie im April 2021 zusammen mit Bischof Juhana Pohjola offiziell wegen dreifacher „Hassrede" angeklagt. Seit Beginn des Prozesses koordiniert ADF (Alliance Defending Freedom) International mit der Hilfe lokaler Partneranwälte die rechtliche Verteidigung von Päivi Räsänen und Bischof Pohjola und setzt sich für das Recht auf freie Meinungsäusserung ein.

Trotz zwei einstimmiger Freisprüche zieht sich die Zensurkampagne der Staatsanwaltschaft mit der Verhandlung am 30. Oktober 2025 in ihr siebtes Jahr. Die Staatsanwaltschaft fordert eine Geldstrafe in Höhe von mehreren zehntausend Euro sowie die Zensur von Päivi Räsänens Veröffentlichungen.

Der Fall Päivi Räsänen

Päivi Räsänen ist seit 1995 Mitglied des finnischen Parlaments. Von 2004 bis 2015 war sie Vorsitzende der Christdemokraten und von 2011 bis 2015 war sie Innenministerin. Sie ist Ärztin, Mutter von fünf Kindern und Grossmutter von zwölf Enkelkindern. Ausserdem ist sie aktives Mitglied der finnischen lutherischen Kirche. Alles begann im Juni 2019, als Päivi Räsänen ein Bild auf X (vormals Twitter) postete und in dem Tweet die offizielle Unterstützung des LGBTQ Events „Pride 2019" durch die Evangelisch-Lutherischen Kirche hinterfragte. Dazu postete sie ein Bild mit Versen aus dem neutestamentlichen Römerbrief (Röm. 1, 24–27).

Für diesen Tweet wurde sie strafrechtlich verfolgt. Am 29. April 2021 erhob die Staatsanwaltschaft offiziell Anklage gegen Päivi Räsänen wegen dreifacher „Volksverhetzung gegen Minderheiten“, weil sie öffentlich ihre Meinung zu Ehe und menschlicher Sexualität geäussert hatte: in der Broschüre „Als Mann und Frau erschuf er sie“ aus dem Jahr 2004, in einer Radiosendung 2019, sowie in dem besagten Tweet im Juni 2019, der sich an die Kirchenleitung richtete. Im Berufungsverfahren vor dem Obersten Gerichtshof zog die Staatsanwaltschaft den Anklagepunkt zur Radiodebatte zurück.

Auch Bischof Juhana Pohjola, der Vorsitzende des Internationalen Lutherischen Rates wurde angeklagt wegen der Veröffentlichung der Broschüre aus dem Jahr 2004. Der Straftatbestand der „Volksverhetzung gegen Minderheiten“ fällt in Finnland unter das Kapitel „Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit“ im Strafgesetzbuch. Am 30. März 2022 sprach das Bezirksgericht beide einstimmig frei.

Im August 2023 kam es zu einem Verfahren vor dem finnischen Berufungsgericht. Das zweite Urteil bestätigt den einstimmigen Freispruch des Bezirksgerichts. Das Berufungsgericht stellte fest, dass es „auf der Grundlage der in der Hauptverhandlung vorgelegten Beweise keinen Grund hat, den Fall in irgendeiner Hinsicht anders zu beurteilen als das Bezirksgericht. Es gibt daher keinen Grund, das Urteils des Bezirksgerichts zu ändern.“

Der Prozess als Strafe

Doch der zermürbende Prozess ist noch immer nicht abgeschlossen. Trotz zweier einstimmiger Freisprüche legte die Staatsanwaltschaft erneut Berufung ein. Am 30. Oktober 2025 fand die mündliche Verhandlung vor dem Obersten Gerichtshof Finnlands statt. Auch bei dieser entscheidenden Instanz stand ADF International Päivi Räsänen zur Seite. Das Urteil steht nun aus und wird europaweit mit grosser Aufmerksamkeit verfolgt, da es einen historischen Präzedenzfall für Meinungs- und Religionsfreiheit schaffen könnte.

Nach Ansicht der Staatsanwaltschaft sind Päivis Überzeugungen, die in der Bibel und der christlichen Tradition verwurzelt sind, hasserfüllt und kriminell. Die eigentliche Botschaft hinter dem Prozess wird immer deutlicher: Wer eine andere Weltanschauung hat als der Staat, der sollte sie nicht öffentlich teilen. Päivis Prozess zeigt, wie weit die Staatsanwaltschaft gehen kann, um abweichende Weltanschauungen und Ansichten zum Schweigen zu bringen und sogar zu bestrafen. Eine solche Verfolgung von Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens schüchtert all jene ein, die es wagen, ihre Überzeugungen zu äussern.

Was steht auf dem Spiel?

Der Fall von Päivi Räsänen, der trotz zweier Freisprüche noch immer anhängig ist, verdeutlicht die Risiken, die durch die aktuellen Bestimmungen zu „Hassrede” in Finnland entstehen. Das finnische Gesetz gegen „Volksverhetzung gegen Minderheiten” hat eine strafrechtliche Verfolgung friedlicher Äusserungen und Überzeugungen ermöglicht.

Der Strafprozess gegen Päivi Räsänen macht deutlich, wie gefährlich zu weit gefasste „Hassrede“-Gesetze sind. Sie setzen Bürger jahrelangen Ermittlungen und Gerichtsverfahren aus – nicht etwa, weil sie zu Hass oder Gewalt aufgerufen hätten, sondern weil sie ihre Überzeugungen friedlich geäussert haben. Doch gerade solche friedlichen Meinungsäusserungen stehen unter dem Schutz des internationalen Menschenrechts auf freie Rede. Gesetze, die Hass oder Gewalt verhindern sollen, dürfen niemals als Waffe gegen legitime Überzeugungen missbraucht werden.

Die Tragweite dieses Falls reicht weit über Finnland hinaus. Nach europäischem Recht – insbesondere dem Gesetz über digitale Dienste (DSA) – können Entscheidungen in einem Mitgliedstaat direkten Einfluss darauf haben, welche Inhalte online in der gesamten Europäischen Union zulässig sind. Ein einzelnes Urteil kann so zu einem Präzedenzfall für alle Europäer werden.

Gleichzeitig arbeitet die Europäische Kommission daran, „Hassrede“ als Straftatbestand auf EU-Ebene zu

verankern – und strebt damit an es auf eine Stufe mit Verbrechen wie Terrorismus und Menschenhandel. Sollte dieses Vorhaben umgesetzt werden, müssten sämtliche Mitgliedstaaten ihre Gesetze anpassen. Das würde den ohnehin enger werdenden Raum für freie Meinungsäusserung in Europa noch weiter einschränken – mit fatalen Folgen für Demokratie und Rechtsstaatlichkeit.

> *„Jetzt ist es an der Zeit zu sprechen. Denn je länger wir schweigen, desto enger wird der Raum für Meinungs- und Religionsfreiheit. Wenn ich verurteilt werde, wäre die schlimmste Konsequenz nicht die Geldstrafe, sondern die Zensur."*
>
> *Päivi Räsänen*

Quelle: ADF International

11.11.2025

Diese Seite Teilen:

Aktuelles

- **Verlernen wir durch ChatGPT das Denken?**
  Die Nutzung von Chatbots nimmt rasant zu. In Sekundenschnelle liefert ChatGPT plausible Antworten auf fast jede Frage. Forscher fragen sich ...
- **Hexenjagd im digitalen Zeitalter: Wie Propaganda unsere Demokratie bedroht**
  Diffamierung statt Debatte, Zensur statt Vielfalt: Immer häufiger erleben Wissenschaftler, Journalisten und Bürger, dass unliebsame Meinungen nicht diskutiert, sondern ausgegrenzt ...
- **Allianzgebetswoche 2026: „Gott ist treu"**
  Die Schweizerische Evangelische Allianz (SEA) lädt Christen vom 11. bis 18. Januar 2026 zur 176. Allianzgebetswoche ein. Unter dem Leitwort ...
- **2026 – Anfangen mit dem Anfangen!**
  Der Urlaub und das alte Jahr sind vorbei, die Arbeit ruft. Manch einer freut sich auf die Herausforderungen des neuen ...
- **Dry January: „Trocken durch den Januar rocken"**
  „Limotrinker tanzen flinker", „In Limohalter sind Mädchen verknallter", „Trocken durch den Januar rocken": Mit diesen und weiteren Sprüchen wirbt die ...
- **Helden mit Herde: Die Hirten in der Weihnachtsgeschichte**
  Die Weihnachtsdekoration steht: Der geschmückte Baum und in vielen Häusern die Krippe – ein Stall mit Maria, Josef und dem ...

- **Es sieht nach Weihnachten aus**
  Über 70 Jahre ist es her, dass Bing Crosby das Lied „It's beginning to look a lot like Christmas" („Es ...
- **Mehr als Stolz, Vorurteil und Sinnlichkeit: Jane Austen wird 250**
  „Es ist eine allgemein anerkannte Wahrheit, dass …" jeder Fan von Jane Austen diese Worte sofort als Anfang ihres meistverkauften ...
- **Sinn finden in der Krise**
  Krisen gehören zum Leben. Sie stellen uns vor Fragen nach Sinn und Orientierung. Viele Menschen kennen ihren Eigenwert nicht, fühlen ...
- **Die Meinungsfreiheit hinter Gittern**
  Seit dem 2. Dezember 2025 sitzt Emanuel Brünisholz im Gefängnis. Der Handwerker aus Burgdorf (BE) verbüsst eine zehntägige Haftstrafe als ...

Abtreibung Antisemitismus Corona Demokratie Deutschland Diskriminierung Ehe Eltern Erziehung Familie Freiheit Gender Gewalt Islam Israel Kinder Koran Lebensrecht Menschenrechte migration Muslime Scharia Schule Schweiz transgender

Copyright 2021 Zukunft CH | All Rights Reserved | Developed by FirstMedia Impressum Datenschutz